

Dafür stehen die Freien Demokraten:

Wir wollen eine sichere Altersvorsorge für heute, für morgen und für kommende Generationen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Wandels am Arbeitsmarkt ist es zwingend nötig, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Gleichzeitig wollen wir den Menschen mehr Selbstbestimmung über ihren Ruhestand ermöglichen. Dazu schlagen wir ein Baukastenprinzip vor: Je nach Lebenslage können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge flexibel kombiniert und bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit mitgenommen werden.

- Flexibler Renteneintritt nach schwedischem Vorbild
- Einführung einer gesetzlichen Aktienrente zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung
- Liberale Basis-Rente, die zielgenau gegen Altersarmut wirkt

Die Babyboomer-Generation geht in diesem Jahrzehnt in Rente. Was ist die Antwort der FDP auf diese Herausforderung?

Wir brauchen moderne und innovative Anlagestrategien, um die Rente „enkelfit“ zu machen. Mit der Gesetzlichen Aktienrente haben wir ein Konzept vorgelegt, das eine nachhaltige Finanzierung ermöglicht. Vom bisherigen Beitragssatz sollen beispielsweise zwei Prozentpunkte in einen Non-Profit-Fonds fließen, der unabhängig administriert wird. So profitieren vor allem Geringverdienende überproportional vom wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen weltweit – ohne dass jemand höhere Beiträge zahlen muss.

Was unternimmt die FDP, damit die Sozialversicherungsbeiträge nicht immer weiter steigen?

Der demographische Wandel stellt unsere Sozialversicherungen vor große Herausforderungen. Um Beitragserhöhungen zu vermeiden, setzen wir auf die gesetzliche Aktienrente als Ergänzung der Rentenversicherung. Ebenfalls benötigen wir ein modernes Einwanderungsrecht, das Fachkräfte aus der ganzen Welt nach Deutschland holt, die mit ihren innovativen Ideen, aber eben auch mit ihren Steuer- und Beitragszahlungen zu Wachstum und Wohlstand beitragen.

Die FDP schlägt mehr private Vorsorge vor. Wie soll ich mir das bei immer höheren Steuern und Abgaben leisten?

Wir wollen die private Altersvorsorge vor allem durch ein Altersvorsorge-Depot neugestalten. Die steuerliche und Zulagen-Förderung soll allen Bürgern ermöglicht und die aufwändigen Zulage-Verfahren massiv verein-

facht werden. Flexible Einzahlungshöhen stellen sicher, dass das Altersvorsorge-Depot je nach Lebensphase als Baustein für die Grundabsicherung oder als ergänzende Altersvorsorge genutzt werden kann.

Aber Aktiensparen ist doch nur etwas für Reiche und hoch spekulativ. Die Rente muss möglichst sicher sein. Wie passt das zusammen?

Breitere Anlagestrategien, insbesondere in Aktien und Fonds, sind ein aussichtsreicher und sicherer Weg zu mehr Rendite, gerade in der Niedrigzinsphase. Die Gesetzliche Aktienrente kann die Rendite von allen Sparern erhöhen, Geringverdienende können überproportional profitieren.

SPD und Grüne wollen eine Bürgerversicherung, bei der alle in die Rentenkasse einzahlen. Das ist doch gerecht, wenn endlich alle gleich behandelt werden. Oder etwa nicht?

Der Vorschlag, Beamte und Selbstständige zur Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung zu verpflichten, löst die Probleme der Rentenversicherung nicht. Kurzfristig würden die Kosten für Beitragszahler, Bund und Länder steigen, auch weil diese Gruppen eine überdurchschnittlich hohe Lebenserwartung und hohe Rentenansprüche vorweisen.

Weitere Argumente auf der folgenden Seite.

Schon heute kann ich flexibel bzw. früher in Rente gehen. Was will die FDP hier noch verändern?

Die Rente mit 63 bietet keine echte Flexibilität, sondern ist ein zweites starres, politisch festgelegtes Renteneintrittsalter. Gleichzeitig fehlen Anreize für ein längeres Arbeiten. Wir wollen, dass jeder, der mindestens bis zum Grundsicherungsniveau vorgesorgt hat, ab 60 Jahren selbst entscheiden kann, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, erhält weniger Rente, wer länger arbeitet, erhält mehr. Zuverdienstgrenzen sollen künftig entfallen.

Jemand der jahrzehntlang hart gearbeitet hat, kann nicht immer länger arbeiten. Was schlägt die FDP hier vor?

Wer nicht das Renteneintrittsalter oder den Beitragssatz stetig erhöhen will, muss angesichts des demographischen Wandels auf moderne Anlagestrategien setzen, z.B. mit der Gesetzlichen Aktienrente. Gleichzeitig wollen wir einen flexiblen Renteneintritt bereits ab 60 Jahren, solange das Grundsicherungsniveau erreicht ist. Wer bereits frühzeitig nicht mehr arbeiten kann, soll weiterhin Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente haben. Diese wollen wir stärken.

Wenn jemand lange gearbeitet hat und trotzdem von Altersarmut bedroht ist, ist das ungerecht. Was will die FDP unternehmen, um Altersarmut zu verhindern?

Mit der Basis-Rente wollen wir sicherstellen, dass alle, die gearbeitet und vorgesorgt haben, im Alter mehr er-

halten als die Grundsicherung. Dazu schaffen wir einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente wollen wir unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. Der Gang zum Sozialamt entfällt und Altersarmut wird fair und gezielt bekämpft.

Warum ist die Grundrente der GroKo die falsche Antwort gegen Altersarmut?

Die Grundrente ist doppelt ungerecht, teuer und hilft nicht zielgenau gegen Altersarmut. Sie erreicht zu wenige Personen, die tatsächlich Unterstützung benötigen, und gewährt zu vielen Personen Leistungen, die keine Hilfe brauchen.

Mütter, die mit der Erziehung Ihrer Kinder einen wichtigen Beitrag für die Zukunft geleistet haben, müssen dafür auch belohnt werden. Daher ist die Mütterrente doch ein gutes Instrument, oder?

Es ist Teil unserer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Menschen im Alter zu unterstützen, die aus unterschiedlichen Gründen keine auskömmliche Rente erzielen konnten. Das ist auch für Mütter denkbar. Solche versicherungsfremden Leistungen müssen jedoch aus Steuermitteln bezahlt werden und nicht aus Beitragsmitteln. Die Mütterrente I und II brechen mit diesem Gebot und dem Grundsatz der Rentenversicherung, dass Ansprüche von den Einzahlungen abhängig sind.